

Die Mühen der Zurückgekehrten

AME (Vereinigung Malischer Abgeschobener) ist eine der ersten Selbstorganisationen von Menschen, die aus der EU abgeschoben wurden. Der Sprecher der Organisation, Alassane Dicko, besuchte vor Kurzem mehrere europäische Länder, um über die Arbeit von AME in Mali zu berichten und sich mit Initiativen in der EU zu vernetzen.

Das Gespräch führte Helene Trauner



asyl aktuell: In Europa erleben wir immer häufiger, dass MigrantInnen abgeschoben werden. Was passiert mit diesen Menschen, die unter Zwang in ihre Herkunftsländer zurückgeschoben werden? Was machen sie nach ihrer Rückkehr? Organisieren sie sich?

Alassane Dicko: Die Rückkehr der Abgeschobenen nach Mali ist sehr dramatisch. Die Leute genießen sich, es bedeutet einen Bruch in ihrer Biographie. Die Eltern verstehen nicht, was „abgeschoben“ bedeutet. Sie verbinden mit Europa Demokratie und Freiheit, da können sie nicht verstehen, was es heißt, von dort abgeschoben zu werden. Und die Leute selbst sind ohnehin schon traumatisiert von einer erzwungenen, brutalen und nicht vorbereiteten Rückkehr. Das heißt, viele können nicht zurück in ihre Familien, ihre Häuser oder ihre Dörfer. Viele malische MigrantInnen stammen nicht aus der Hauptstadt Bamako, sondern aus anderen Regionen.

Es ist sehr schwierig für sie, nach Hause zu kommen. Sie wissen nicht, wie sie vom Flughafen wegkommen, sie kennen die Stadt nicht und müssen oft 2-3 Tage irgendwo schlafen, um sich darauf vorzubereiten, ins Dorf zu reisen.

Und selbst wenn sie ins Dorf kommen, können sie nicht lange bleiben, weil die Familien ihre Situation nicht verstehen. Da waren sie längere Zeit weg, und die Armut im Dorf ist noch genau die gleiche. Also, die Rückkehr von Abgeschobenen ist wirklich sehr kompliziert.

Deshalb haben wir eine Einrichtung gegründet, um sie für ein paar Tage aufzufangen zu können, auch mit psychosozialer und medizinischer Versorgung, um den Druck von ihnen zu nehmen, mit ihnen zu diskutieren, ihnen wieder ein bisschen Lebensmut zurückzugeben und ihnen Schritt für Schritt zu helfen, dann auch wieder die Familien zu sehen. Dabei begleiten wir sie auch, als Mediatoren. Wir erklären den Familien, dass ihre Zurückgekehrten keine Diebe und Verbrecher sind, dass sie nichts falsch gemacht haben, sondern dass es an den Gesetzen in Europa liegt. Unsere Arbeit umfasst also auch die Sensibilisierung der Familien, wir schaffen einen Dialog und unterstützen die Menschen mit ihren Traumata. So arbeiten wir um den Menschen zu helfen ihre Familien wieder zu sehen und wieder ein normales Leben aufzunehmen.

aa: Sie sagen es ist extrem schwierig, in die Familien zurück zu kehren. Nach Ihrer Erfahrung, wie viele machen das tatsächlich und wie viele bleiben in Bamako, oder in größeren Städten?

A.D.: Ein Großteil geht doch zurück in die Dörfer, aber oft bleiben sie nicht lange, sie sind nachher mit derselben Realität konfrontiert, die sie veranlasst hat zu flüchten. Also kommen sie nach ein paar

Monaten zu uns zurück, weil in ihrem Kopf noch nicht alles geregelt ist. Schlussendlich fragen uns viele um Arbeit. Sie wollen an unseren Aktivitäten teilnehmen, weil sie sich in so einem Umfeld wiederfinden können.

Manche sind drei oder vier Monate bei uns. In den Dörfern gibt es keine Arbeit. Außerdem waren sie 7 oder 10 Jahre in Europa. Sie können nicht von heute auf morgen direkt auf die Felder zurückkehren. Also die Frage der Arbeit ist sehr wichtig. Deswegen üben wir auch Druck auf die Ministerien und die Regierung aus, damit sie mehr Arbeitsplätze für die Zurückgekehrten schaffen.

aa: Gibt es auf der Ebene der Ministerien oder der Regierungen Programme, um diesen Menschen zu helfen?

A.D.: Nein. Besonders in Mali, wo wir arbeiten, wird Abgeschobenen von der Regierung keine Beachtung geschenkt. Wir haben mit dem Minister für im Ausland lebende MalierInnen viele Gespräche geführt. Sie kümmern sich um die Leute, die im Ausland sind, aber sobald jemand nach Mali zurückgekehrt, ist er gleich wie alle anderen, und es gibt so viele junge Frauen und Männer in Mali, die Arbeit suchen, so die Argumente des Ministeriums. Es gibt auch keine Unterstützung von internationalen oder europäischen Organisationen. Wir haben viele Treffen mit der Vertretung der EU in Mali gehabt, mit dem Roten Kreuz und sie auf Probleme der Zurückgekehrten hingewiesen. Aber es gibt nichts.

aa: Die EU hat eine Organisation, das CIGEM (Centre d'Information et de Gestion des Migrations) eingerichtet, um über Migration zu informieren. Wie ist eure Position zu dieser Organisation? Gibt es Zusammenarbeit?

A.D.: CIGEM wurde im Oktober 2008 gegründet. Heute können wir getrost sagen: Das ist eine unnötige Einrichtung. Die

EU hat 10 Mio. Euro aus dem Entwicklungsfonds dafür hergegeben. Wir haben viele Kundgebungen und Aktivitäten gemacht, um zu zeigen, dass dieses Geld für Bildungseinrichtungen und Berufsschulen verwendet werden soll oder auch für die Begleitung von Betroffenen. Aber die Arbeit von CIGEM besteht hauptsächlich aus Information über die legale Arbeitsmigration, bspw. Saisonarbeit nach Spanien, Italien, und die Rechtslage der MigrantInnen in Europa. Und auch die Anerkennung von Kompetenzen der hochqualifizierten MalierInnen im Ausland. Aber sie beschäftigen sich nicht mit denen, die abgeschoben wurden.

aa: Finanziert CIGEM Vereine oder Projekte?

AD: Sie machen nicht viel, arbeiten eher administrativ und informativ. Sie haben zwei Aufrufe für Projektvorschläge gemacht. Der erste war, Geld an Vereine zu geben, um eine Informationskampagne gegen illegale Migration zu fahren, über die Gefahren in der Wüste, am Meer und die komplizierten Gesetze in den EU-Ländern. Der zweite Appell 2010/11 ging in Richtung Zusammenschluss von Vereinen, um Abgeschobene zu begleiten. Wir haben bei beiden Appellen von CIGEM nicht mitgemacht, weil sie politisch nicht für das stehen, was wir wollen.

Wir wollen keine Abschiebungen, wir zeigen die Gefahren einer erzwungenen Rückkehr. Unsere Politik ist es, die MalierInnen zu veranlassen es nicht akzeptieren, wenn jemand von dort abgeschoben wird. Denn wenn die Regierung nicht zustimmt, wird niemand abgeschoben und weggeschickt. Also üben wir politischen Druck aus, dass die Botschaften hier keine Passierscheine ausstellen. Wenn sie das machen, arbeiten sie gegen die MalierInnen im Ausland.

Die Leute haben keine Arbeit, keine Möglichkeiten, keine Chancen in Mali eine schöne Zukunft zu haben. Und es ist egal, ob sie nach Angola oder China gehen oder nach Europa. Es ist das Recht von allen dorthin zu gehen wohin sie wollen. Also die Regierung hat da wirklich nicht einzumischen.

Es ist zudem falsch zu sagen „alle wollen nach Europa“. Wir haben 4 Mio. MalierInnen im Ausland. Davon sind 2,4 Mio alleine in der Elfenbeinküste, etwa 1 Mio. sind in Zentralafrika, im Kongo. Vielleicht 60.000 in China, dieselbe Anzahl ist in den USA. Laut Statistiken haben wir alleine in Frankreich 200.000, von diesen sind nur 60.000 dokumentiert. Der Rest sind Sans Papiers. Aber sie arbeiten. Sie leben und sie machen, was sie wollen.

Die europäischen Politiker reden davon, dass wir keine Demokratie haben, dass man die Menschenrechte akzeptieren muss, aber sie tun es selbst nicht. Alles was sie machen geht gegen unsere Demokratie. Statt 10 Mio. Euro für CIGEM gegen die illegale Migration auszugeben, sollten sie in Schulen und Ausbildungszentren investieren. Das machen sie nicht. Das ist eine falsche Politik. Und wir bekämpfen sie.

aa: Abgesehen von der AME, gibt es noch andere Abgeschobene, Abgewiesene die sich zusammengeschlossen haben?

A.D.: Ja, es gibt zum Beispiel die ARTD (Association du Retour Travail Dignité). Die gibt es seit den Ereignissen von Ceuta und Melilla, sie sind zurückgekommen und hatten viele Verletzte. Sie haben einen Verein gegründet, um sich gegenseitig zu helfen. Es gibt sieben Organisationen in Mali für zurückgekehrte aus Marokko. Es gibt auch eine Vereinigung von Abgeschobenen aus Zentralafrika in Mali, die ARA-CEM (Association des Refoulés d'Afrique

Central au Mali). Es gibt viele aus subsaharischen Ländern, die durch Mali durchkommen, um nach Algerien, Marokko oder Mauretanien zu gehen. Es gibt auch sehr viele Vereine für RückkehrerInnen aus der Elfenbeinküste seit den verschiedenen Krisen dort zwischen 1995 und 2000. Sie arbeiten, sind solidarisch untereinander, suchen vielleicht ein Feld oder eine Schule für die Kinder, suchen Arbeit oder kleine Mikro-Projekte für die Frauen. Sie organisieren sich und helfen einander. Wir sind alle zusammen in einer Föderation, die man „Föderation von Assoziationen von nach Mali zurückgekehrten MigrantInnen“ (FAM) nennt, die es seit 2009 gibt.

aa: Die EU fördert zunehmend eine Politik der geregelten zirkulären Migration. Was ist eure Position dazu?

A.D.: CIGEM hat diese Möglichkeiten der saisonalen Migration aufgebaut. Sie haben Erkundungsreisen nach Italien, Spanien, Frankreich, Belgien, Schweiz diesbezüglich gemacht. Mali hat eine Abmachung bezüglich der saisonalen Migration bisher nur mit Spanien unterschrieben. Darin steht, dass jährlich 600 MalierInnen für jeweils 6 Monate hinfahren und dann wieder zurückkehren. Und wenn sie dann zurückkommen, anerkennt CIGEM ihre Ausbildung und hilft ihnen, Projekte in Mali zu machen. 2010 konnten 29 Personen, statt 600, nach Spanien fahren. Sie waren 6 Monate dort, und als sie zurückgekommen sind, haben 5 andere denselben Vertrag mit den ArbeitgeberInnen in Spanien bekommen. Seit dem ist nichts passiert. Wir haben nachgefragt, was ist mit der Zusage von jährlich 600 Verträgen? Bisher konnten nur 29 Personen fahren. Doch Spanien hat gesagt „Nein, wir können jetzt nicht, wegen der Eurokrise, der Krise in Europa“.

aa: Im Moment gibt es eine Krise im Norden von Mali. UNHCR sagt, dass es deswegen keine Abschiebungen nach Mali geben darf. Stimmt das?

A.D.: Es gibt trotzdem täglich einige Abgeschobene, die aus Frankreich kommen. Mindestens eine Person kommt jeden Abend. Man sollte Leute nicht abschieben. Nicht einmal ohne Krise. Die Jungen suchen nur Möglichkeiten, Arbeit zu finden. Wenn sie dann abgeschoben werden, kommen sie mit Hass. Dann werden sie Banditen oder Vagabunden oder gehen zu den Islamisten. Also, kurzum, man darf die Leute nicht abschieben.

aa: Haben Sie das Gefühl, dass die Abschiebungen weniger geworden sind, seit der Krise?

A.D.: In Mali sprechen wir von Abschiebungen auf zwei Ebenen. Es gibt den Landweg über aus Algerien, Libyen, Marokko und Mauretanien. Jetzt ist der Norden Malis besetzt, das heißt Libyen, Algerien und Marokko können nicht über den Landweg abschieben. Früher hat man sie an der Grenze Mali/Algerien in der Wüste ausgesetzt. Das können sie nicht mehr

Wir müssen zu einer Basis von Rechten für alle zurückkehren, um ein gutes Leben zu führen.



machen, weil überall die Islamisten sind. Die Konsequenz davon ist, dass die Gefängnisse in Algerien, Libyen und Marokko voll sind. Auf der anderen Seite kann zumindest Marokko die Leute Richtung Mauretanien abschieben. Und Mauretanien schiebt sie Richtung malische Grenze. Das ist immer noch sehr gefährlich. Allerdings, die Gruppenabschiebungen per Flugzeug gibt es in Mali schon lange nicht mehr. Früher sind sie zu 90, 100, 110 gekommen. Aber wir haben viel Druck ausgeübt und waren viel auf den Flughäfen. Das gibt es jetzt nicht mehr. In den Jahren 2009, 2010 hat Spanien wöchentlich 50, 60, 70 Leute zurück geschickt. Da haben wir auch viel bewegen können. Und, wie schon erwähnt, hat Mali eine Abmachung mit Spanien unterschrieben. Und wenn sie ihre Seite nicht einhalten, können sie auch nicht so einfach die Leute zurück schicken.

aa: Hat die AME Einrichtungen nahe der Grenze im Norden?

A.D.: Ja, wir hatten ein Lokal in Kidal, das aber jetzt geschlossen ist, wegen der Unsicherheit. Da ist niemand. Dann haben wir eines in Niore du Sahel, das mit Maure-

tanien weiter arbeitet. Marokko, und auch Spanien, schickt ständig Leute nach Mauretanien. In Mauretanien gibt es ein Lager, das wir „Guantanamo“ nennen. Sie schicken oft täglich 50, 60, 70 Leute, manchmal auch 100. Und was passiert, wenn sie ankommen? Es gibt nichts für sie. Sie sind traumatisiert, sie waren im Gefängnis, sie sind müde. Das ist eine Verletzung der Menschenrechte. Unsere Aufgabe ist es, politisch Druck auszuüben, damit es aufhört.

aa: Und in den mauretanischen Lagern, gibt es da NGOs, mauretanische Organisationen, die sich ein bisschen um die Leute kümmern?

A.D.: Unser Partner in Mauretanien ist die Mauretanische Assoziation für Menschenrechte. Nicht einmal sie dürfen in die Camps, um den Leuten rechtliche oder humanitäre Hilfe zu bieten. Sie stellen jedes Jahr vergeblich Anträge im Ministerium. Es ist ausschließlich das spanische Rote Kreuz, das in diesen „Guantanamo“-Camps arbeitet. Es ist immer ein geschlossener Kreis von Isolations- und Abschiebepolitik.

Wir haben die Zeugenberichte der Leute, die uns erzählten, wie die Regierung in Mauretanien mit der Polizei umgeht. In Mauretanien arbeiten sowohl die spanische also auch die marokkanische Polizei. Sie tragen Uniformen und patrouillieren wie in Spanien. Hier gibt es eine schwerwiegende Verletzung der Unabhängigkeit Mauretaniens. Es ist zwar die Mauretanische Regierung, die das akzeptiert, aber es ist auch Teil der Europäischen Migrationspolitik. Frontex macht Absperrungen im ganzen Westatlantik und die Patrouillen gehen heute bis zum Golf von Guinea, bis nach Angola, bis zum Arche de Gabon. Wir sind von allen Seiten eingesperrt und eingezäunt. Was sollen wir tun? Wir haben

Alassane Dicko berichtete über die Arbeit von AME in Mali.



keine Ressourcen. Wir können nur Berichte schreiben und die Folgen und Konsequenzen der Europäischen Migrationspolitik aufzeigen. Die EU gibt Geld um die Grenzen zu befestigen, für Biometrie, für Detektoren zum Identifizieren gefälschter Papiere, etc. All das bewirkt, dass wir uns nicht mal mehr innerhalb unserer afrikanischen Länder frei bewegen können. Das hat schreckliche Folgen. Es bringt unsere Gesellschaft durcheinander, es bringt unsere Familien durcheinander, es bringt unsere soziokulturelle und unsere sozioökonomischen Dynamiken durcheinander. Und im Endeffekt haben wir Krisen und Kriege.

aa: Wie beeinflusst die aktuelle Krise in Mali eure Arbeit in der AME?

A.D.: Sie hat unsere Arbeit stark verändert: Früher haben wir uns nur um Abgeschobene gekümmert, ihnen sozialmedizinische Hilfe geleistet. Aber heute gibt es mehr als 200.000 Vertriebene aus dem Norden, die in den Süden kommen. Wir und viele andere Organisationen in Bamako kümmern uns um sie. Wir geben humanitäre Hilfe, besorgen Essen, suchen Schulplätze für die Kinder, medizinische Versorgung. Unsere derzeitige Arbeit besteht zu 90% aus der psychologischen Betreuung von Mädchen und Frauen, die Opfer sexueller Gewalt im Norden Malis geworden sind. Wir werden von Medico-International in Frankfurt dabei unterstützt. Wir geben ihnen Essen, manche Frauen organisieren kleine Aktivitäten.

aa: Wie ist deine Prognose bezüglich der Krise in Mali, gibt es Chancen, diese ohne Krieg zu lösen? Was ist die Aufgabe der Zivilbevölkerung?

A.D.: Die Aufgabe der Zivilbevölkerung in dieser Krise ist, eine dritte Stimme zu bilden. Und das ist es, was wir gerade machen. Eine Stimme bilden, um eine poli-

tische Lösung für die Problematik der Tuareg zu finden. Man muss die Problematik der Tuareg von der Besetzung des Nordens durch die islamistischen Gruppen trennen. Unsere Arbeit ist es, diese Probleme zu differenzieren. Außerdem muss man einen institutionellen Rahmen finden. Es braucht eine nationale Abstimmung, um nach dem Militärcoup legitime Organe für den Übergang zu finden. Diese müssen das Problem der Tuareg politisch regeln, die Integrität des Territoriums wiederherstellen, die Islamisten verfolgen und effiziente Wahlen vorbereiten, auch wenn diese erst in einem oder zwei Jahren stattfinden können, muss man sich diese Zeit nehmen.

Die Internationale Gemeinschaft ist nicht nur der Norden. Wir brauchen soziale Gerechtigkeit und gerechte Entwicklung in Europa, wie in Amerika, und in Afrika, in Asien und in der arabischen Welt. Wir müssen zu einer Basis von Rechten für alle zurückkehren, um ein gutes Leben zu führen. Ohne Soziale Gerechtigkeit und gerechte Entwicklung werden wir immer überall Krisen haben. Wir sind auf derselben Erde, wir atmen dieselbe Luft. Man muss aufpassen, wie man die Konflikte verschiedener Kontinente löst. Das ist alles.

aa: Vielen Dank